

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 46. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Planungsangelegenheiten am 09.12.2008**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Frank Sänger	CDU
Herr Uwe Heft	DIE LINKE.
Herr Hans-Jürgen Schiller	DIE LINKE.
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	DIE LINKE.
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD
Herr Thomas Felke	SPD
Herr Dr. Hans-Dieter Wollenweber	FDP
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBurger
Herr Dietmar Weirich	BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN	
Herr Dieter Lehmann	SKE
Herr Heinz-Günter Ploß	SKE
Herr Rainer Köhne	SKE
Herr Andreas Scholtyssek	SKE

bis 18:00 Uhr

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Martin Bauersfeld	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger
Frau Undine Klein	SKE
Herr Dieter Schika	SKE
Herr Andreas Weber	SKE

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Mitteilung
  - 4.1. Geisteswissenschaftliches Zentrum der Martin-Luther-Universität am Standort Emil-Abderhalden-Straße - Vorstellung Planungsstand
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007  
Vorlage: IV/2008/07577  
Änderungsantrag auf Einstellung des Projektes Schnittstelle Bahnhof Nietleben
  - 5.1.1 Vorlage: IV/2008/07680
  - 5.2. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 130 Polstermöbelfachmarkt und Lebensmittelmarkt Halle-Neustadt, Am Zollrain 1 und 3 - Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07354
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) - zur Pflege eines Wanderweges  
Vorlage: IV/2008/07079
  - 6.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes am Rosa-Luxemburg-Platz  
Vorlage: IV/2008/07466
  - 6.3. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Überprüfung von Bedarfsampeln  
Vorlage: IV/2008/07467
  - 6.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle  
Vorlage: IV/2008/07535
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
  - 7.1. Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Kennzeichnung der Marktplatzverwerfung  
Vorlage: IV/2008/07013
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Mitteilungen
  - 9.1. Investitionsmaßnahmen "Radrouten mit Priorität" und Saale-Radwanderweg  
Vorlage: IV/2008/07561
  - 9.2. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum 1. Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2010 für das Land Sachsen-Anhalt  
Vorlage: IV/2008/07629
  - 9.3. Information über die Sitzung des Gestaltungsbeirates am 08.09.2008  
Vorlage: IV/2008/07516
  - 9.4. mündliche Information zum Einsatz von Sicherungsmitteln
10. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Herr Sänger** eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

## **zu 4 Mitteilung**

---

### **zu 4.1 Geisteswissenschaftliches Zentrum der Martin-Luther-Universität am Standort Emil-Abderhalden-Straße - Vorstellung Planungsstand**

---

**Herr Engelke** vom Kultusministerium gab Erlauerungen zum Standort und zum Vorhaben.

**Herr Dr. Hecht** (Kanzler der MLU) ergänzte zur Konzeption des GSZ.

**Herr Dietzsch** erlauerte die Planung am Modell.

**Herr Dr. Eigenfeld** begrüsste den Standort an der Emil-Abderhalden-Straße und äußerte die Hoffnung auf baldige Umsetzung.

**Herr Lunebach** fasste die Ergebnisse der Beratung im Gestaltungsbeirat zusammen. Die Empfehlung lag dem Ausschuss schriftlich vor. Diese entspricht der Sicht der Verwaltung. Eine wettbewerbliche Lösung wird für notwendig erachtet.

**Herr Prof. Schuh** wies darauf hin, dass dieses Konzept einer zentralen Bibliothek für eine geisteswissenschaftliche Fakultät untypisch ist. Eine Integration der Arbeitsplätze in der Bibliothek wäre günstiger.

**Herr Dr. Hecht** antwortete, dass das Konzept in Zusammenarbeit mit den zukünftigen Nutzern erarbeitet wurde. Die Bibliothek ist eine Forderung der Geisteswissenschaftler. Durch die zentrale Bibliothek wird eine Dublettenbeschaffung vermieden. Dies ist ein wirtschaftlicher Grund, allerdings ein untergeordneter.

**Herr Felke** plädierte noch einmal für den Standort Spitze. Das Projekt ist eines der größten Hochbauprojekte des Landes. Es wird eine hohe architektonische Qualität in der Umsetzung des Vorhabens erwartet. Er sprach für einen Wettbewerb trotz des Zeitdrucks.

Er fragte nach dem finanziellen Umfang des Neubaus der Bibliothek?

Weiter fragte **Herr Felke** nach der verkehrlichen Erschließung und dem Parkplatzbedarf?

Durch das zusätzlich zu erwartende Verkehrsaufkommen am Steintor, ist die Kapazität des Knotens überbeansprucht. Eine deutliche finanzielle Beteiligung des Landes am Ausbau des Steintors wird erwartet.

**Herr Weihrich** hielt das Konzept für nicht bis zuletzt durchdacht. Die Bibliothek soll seiner Meinung nach zu dicht an den Park herangebaut werden. Man solle zuerst die Reserveflächen bebauen und dann in das Grün hineinbauen. Er forderte ebenfalls eine verkehrliche Lösung für den Knoten am Steintor.

**Herr Ploß** fand die Menge der Gebäude erschlagend. Er schlug vor, die Gebäude näher an die Bibliothek heranzubauen und hinterfragte den bisher angedachten Standort der Bibliothek.

**Herr Lehmann** sprach sich dafür aus, dass die verkehrliche Planung für das Steintor parallel zum Ausbau des Standortes für das GSZ laufen sollte.

**Herr Engelke** erläuterte, dass für den Neubau der Bibliothek die Hälfte des Budgets benötigt wird.

Ein Teil der geisteswissenschaftlichen Fakultäten befindet sich bereits im Umfeld. Die Stadt Halle hat ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Das Land geht davon aus, dass dieses genutzt wird. Für den ruhenden Verkehr wird ein Investorenmodell für ein Parkhaus auf der Nordseite der L.-Wucherer-Str. angedacht. Hierzu gibt es bereits Gespräche mit der Stadt.

Das Kultusministerium steht den Empfehlungen des Gestaltungsbeirates wohlwollend gegenüber.

**Herr Balzer** vom Landesbetrieb Bau ergänzte, dass die Verkehrsdaten für das Steintor vorliegen. Die Kreuzung ist jetzt schon nicht leistungsfähig. Ein Ausbau ist im Zuge der Terminabstimmung mit der HAVAG vor 2012 nicht möglich. Fördermöglichkeiten werden untersucht. Der Ausbau des Steintores kann nicht mit dem Bau des GSZ verknüpft werden, da dies in der Hoheit der Stadt liegt. Eine Überlastung des Steintores durch die Inbetriebnahme des GSZ wird nicht erwartet.

Zunächst wird der Bestand für das GSZ ausgebaut. Erst danach erfolgt der Bau der Bibliothek. Ein endgültiger Entwurf für die Bibliothek muss erst noch erarbeitet werden. Frühestens 2010 wird mit dem Bau begonnen werden. Die Auswahl für den Wettbewerb läuft bereits. Das Gelände wird über die Adam-Kuckhoff-Str. erschlossen. Es wird keinen öffentlichen Verkehr auf dem Gelände geben.

**Herr Prof. Ehrler** stellte fest, dass auch bei diesem Vorhaben die „Idylle des Verborgenen“ gesucht wird und nicht die „repräsentative Präsentation“. Er hält einen Wettbewerb für dringend erforderlich, um die Kontinuität einer qualitativen Verbindung der Altbausubstanz mit dem Neubau (wie z. B. am Universitätsplatz) in der Stadt fortgeführt wird.

**Herr Lunebach** sagte, dass man den ruhenden Verkehr und die verkehrliche Situation am Steintor trennen müsse. Er begrüßte es, dass kein fließender und kein ruhender Verkehr auf dem Gelände des GSZ statt findet.

Der Fußgänger- und Radverkehr am Steintor kann zum Problem werden, dieses muss gelöst werden. Ein zeitgleicher Ausbau des Steintores und der Bau des GSZ ist aus logistischen Gründen (Baustellenverkehr) nicht möglich.

**Herr Sängler** bedankte sich für die frühzeitige Diskussion im Ausschuss.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Kenntnis genommen

#### **zu 5      **Beschlussvorlagen****

#### **zu 5.1    **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007 Vorlage: IV/2008/07577****

---

**Herr Felke** kritisierte, dass die Änderungsblätter schlecht in den Gesamthaushalt einzusortieren sind. Das erschwert eine sachgerechte HH-Beratung. Er bat, dies in Zukunft besser zu gestalten.

**Herr Lehmann** fragte nach dem Aufwuchs bei den Personalkosten?

**Herr Dr. Pohlack** gab eine Einführung. Die Rahmenbedingungen haben sich nicht verbessert, so dass ein systematisches Vorgehen bei der Erarbeitung des HH nicht möglich ist und viele Kompromisse geschlossen werden mussten. Es werden Förderprogramme wo immer sinnvoll und möglich in Anspruch genommen. Zur Diskussion stehen bei den großen Vorha-

ben der Gimritzer Damm, die Klausbrücke/ Gerbersaale, die Anbindung der HES an die B 100, die Delitzscher Straße und der Ausbau des Steintors. Einzig verzichtbar ist der südliche Saaleübergang.

Eine systematische HH-Diskussion wird erschwert durch den dringenden Handlungsbedarf bei einigen Projekten einerseits und andererseits durch die Bedienung von Fördermitteln.

#### **Amt 61**

##### **VerwHH**

**Herr Weihrich** fragte

1. nach dem Anstieg der Zuweisungen an den Zweckverband
2. nach den Gutachterkosten für das Stadion am Hufeisensee

**Herr Lunebach** antwortete

zu 1. es gibt einen neuen Zweckverband, hier wird wirtschaftliche Vorsorge getroffen, Pflichtaufgabe

zu 2. es handelt sich um die strittige Restsumme aus dem alten Bieterverfahren, der Umfang der Leistungserbringung ist strittig, es wird HH-Vorsorge getroffen

**Herr Weihrich** bat, über den Zweckverband zu gegebener Zeit zu informieren.

**Herr Heft** fragte nach den Gesamtausgaben zum Hufeisensee in 2008?

**Herr Lunebach** antwortete, dass es keine Ausgaben gab.

**Herr Felke** fragte zur Liste der Planungsleistungen/ Sachverständigenkosten

1. beinhalten die Zuweisungen an den Zweckverband nur die Arbeit der Geschäftsstelle,
2. konkretere Aussagen zur Bürgerumfrage,
3. wie hoch sind die bisherigen Kosten für die Kleingartenkonzeption,
4. Erläuterungen zu der Verkehrsdatenerhebung nach Kennzeichen?

**Herr Lunebach** antwortete

zu 1. im Wesentlichen Kosten für die Geschäftsstelle (Aufbau),

zu 2. seit 1993 wird alle zwei Jahre eine Bürgerumfrage durchgeführt, diese Kontinuität wirkt sich positiv auf alle Planungen aus, in der Wahrnehmung der Bevölkerung hat die Bürgerumfrage einen hohen Stellenwert,

zu 3. die räumliche Weiterentwicklung der Kleingartenanlagen ist dringend zu ordnen.

*Aussagen zu den Kosten werden mit dem Protokoll nachgereicht*

**Herr Möbius** erläuterte

zu 4. die Notwendigkeit der Verkehrsdatenerhebung nach Kennzeichen und die Art der Durchführung, konkrete Datenerfassung zur Erfassung des Durchgangsverkehrs sind z. B. notwendig für die Diskussion zur Umwelt, den Abriss der Hochstraße, Diskussionen zur Maut und zur Fortschreibung des Verkehrspolitischen Leitbildes.

##### **VermHH**

**Herr Sänger** sprach ein Papier an, dass er erhalten hatte zur Personalsituation im Dez II.

**Herr Dr. Pohlack** erläuterte, dass im Dezernat 35 Stellen nicht besetzt sind. Das aufwändige Verfahren zur Wiederbesetzung von Stellen ist der HH-Situation geschuldet. Mit dem Schreiben werden die Grenzen des Dezernates in der Bearbeitung von Projekten aufgezeigt, war aber nur für den internen Gebrauch bestimmt (Irrläufer).

**Herr Sänger** wies darauf hin, dass die Prioritätenliste Verkehr ein wichtiges Arbeitsmittel für die Diskussion in den Fraktionen auch außerhalb der HH-Diskussion darstellt.

##### **UA 6150**

**Herr Weihrich** fragte danach, welche Gebäude veräußert wurden.

**Frau Grimmer** erläuterte, dass es sich hier um bereits abgeschlossene Kaufverträge handelt (Marktschlösschen, Rannische Straße – siehe Erläuterungen Seite 609).

#### **Amt 66**

##### **VerwHH**

**Herr Weihrich** fragte nach dem Grund für den Anstieg der Kosten für die Straßenbeleuchtung?

**Frau Ströhl** antwortete, dass dies die Anpassung an die Stromkostenerhöhung ist.

## **VermHH**

**Herr Wehrich** fragte, wie es zu einer deutlichen Kostenerhöhung und einer Erhöhung des Eigenmittelanteils für die Maßnahme „Schnittstelle S-Bahnhof Nietleben“ kommt.

**Herr Möbius** sagte eine Prüfung zu.

**Herr Wehrich** stellte einen Änderungsantrag (siehe Top 5.1.1).

## **Amt 67**

### **UA 7500 Friedhöfe**

**Herr Ploß** fragte, warum die Grundmiete gestiegen ist und was „sonstige Geschäftsausgaben“ beinhaltet?

**Herr Rost** antwortete, dass die Grundmiete entsprechend den Verträgen mit dem ZGM (Wasser, Energie usw.) eingestellt wurde, sonstige Geschäftsausgaben sind Ausgaben im Rahmen des Geschäftsbetriebes.

### **UA 6300 (Seite 630)**

**Herr Wehrich** fragte, warum die Ausgaben für Fußgängerüberwege reduziert wurden?

**Frau Ströhl** antwortete, dass aufgrund von Ausschreibungsergebnissen in diesem Jahr mehr Fußgängerüberwege realisiert werden konnten. Es erfolgte eine Anpassung der Mittel in 2009.

**Herr Wehrich** fragte, ob bei der Oberflächensanierung der Mühlweg enthalten ist?

**Herr Heinz** antwortete, dass ein grundhafter Ausbau zurzeit nicht möglich ist. Die Sanierung des Mühlweges erfolgt jedoch in Abstimmung mit der HAVAG und ist im VerWHH des Tiefbauamtes eingestellt.

**Herr Wehrich** fragte, ob Mittel für Fahrradabstellanlagen und die Fahrradstation am Hbf vorgesehen sind?

**Herr Möbius** antwortete, dass die Fahrradstation evtl. im HH 2010 eingestellt wird, die Untersuchungen laufen noch. Die Realisierung von Fahrradabstellanlagen ist in der Vorbereitung.

Die Liste der Planungsleitungen/Sachverständigenkosten wurde zur Verfügung gestellt. Die Abstimmung erfolgte unter Berücksichtigung der Änderungslisten zum Haushaltsplan.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 1

Enthaltungen 4

mehrheitlich zugestimmt

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2009, den Haushaltsplan 2009 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2007 zur Kenntnis.

## **zu 5.1.1 Antrag auf Einstellung des Projektes Schnittstelle Bahnhof Nietleben Vorlage: IV/2008/07680**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 5

Nein-Stimmen 5

abgelehnt

### **Beschlussvorschlag:**

Das Projekt Schnittstelle Bahnhof Nietleben ist aufzugeben.

**zu 5.2     vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 130 Polstermöbelfachmarkt  
und Lebensmittelmarkt Halle-Neustadt, Am Zollrain 1 und 3 -  
Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: IV/2008/07354**

---

**Herr Felke** schlug vor, den Top auf die Sitzung im Januar zu vertagen und die Auswirkungen auf den Einzelhandel in der Umgebung nochmals zu prüfen.

**Herr Lunebach** sagte, dass die Problematik der Verwaltung bekannt ist. Es liegen zwei Einzelhandelsgutachten vor, die von der Verwaltung nicht akzeptiert werden. Er werden zurzeit erneut gutachterliche Untersuchungen durchgeführt.

**Herr Geuther** regte an, sich mit dem Thema im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung auseinanderzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt auf die Sitzung am 13.01.2009

**Beschlussvorschlag:**

1. Stadtrat beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 130 Polstermöbelfachmarkt und Lebensmittelmarkt Halle-Neustadt, Zollrain 1 und 3, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst das Flurstück 75 und Teilflächen der Flurstücke 70,73 und 74 in der Gemarkung Halle-Neustadt, Flur 6 mit einer Fläche von ca. 1,37 ha. Der Geltungsbereich ist in der Karte in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellt.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 6           Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1       Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, DIE LINKE. Fraktion im  
Stadtrat Halle (Saale) - zur Pflege eines Wanderweges  
Vorlage: IV/2008/07079**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt auf die Sitzung am 13.01.2009, da Herr Dr. Köck nicht anwesend war

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat bittet die Verwaltung, den von Lettin zu den Lunzbergen führenden Feldweg für Wanderzwecke wieder begehbar zu machen.

**zu 6.2       Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES  
FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Fertigstellung des Steinzeitspielplatzes  
am Rosa-Luxemburg-Platz  
Vorlage: IV/2008/07466**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt auf die Sitzung am 13.01.2009, da Frau Wolff und Herr Prof. Schuh nicht anwesend waren (Herr Prof. Schuh war zeitweise im Finanzausschuss)



**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Steinzeitspielplatz am Rosa-Luxemburg-Platz noch in diesem Jahr fertig zu stellen.

**zu 6.3 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES  
FORUM+UNABHÄNGIGE - zur Überprüfung von Bedarfsampeln  
Vorlage: IV/2008/07467**

---

**Abstimmungsergebnis:**

vertagt auf die Sitzung am 13.01.2009, da Frau Wolff und Herr Prof. Schuh nicht anwesend waren (Herr Prof. Schuh war zeitweise im Finanzausschuss)

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. Bedarfsampelschaltungen (z.Bsp. Dessauer Platz/Äußere Hordorfer Str., Hansering u.a.) auf reguläre Ampelphasen zu überprüfen und
2. zu überlegen statt der Bedarfsampeln alternativ Fußgängerüberwege zu schaffen.

**zu 6.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur  
Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle  
Vorlage: IV/2008/07535**

---

**Herr Heft** erläuterte seinen Antrag und stellte Unzulänglichkeiten, die sich seiner Meinung nach in der Stellungnahme der Verwaltung befinden, fest.

Die Bürger haben ein Recht auf Information über die Arbeit und Ergebnisse der Lärmschutzkommission. Seiner Meinung nach hat der Vertreter der Stadt Halle bisher nicht die Kraft, die Interessen der Stadt in der Kommission durchzusetzen. Fast das gesamte Stadtgebiet (außer der Altstadt) liegt im An- und Abfluggebiet des Flughafens. Per Gesetz sind die Flugkorridore auf 500 m links und rechts der Flugbahnen begrenzt. Der Flughafen hat die Pflicht, Fluglärmuntersuchungen einzuleiten. Die Interessen der Bürger der Stadt Halle kommen seiner Meinung nach zu kurz.

**Herr Dr. Pohlack** befand Unzulänglichkeiten in den Ausführungen von Herrn Heft. Es gibt eine sorgfältige Verständigung mit der Flugsicherung. Die Breite des Flugerwartungsgebietes liegt in den technischen Möglichkeiten der Flugzeuge.

**Herr Dr. Pohlack** hat die Stadt Halle in der letzten Sitzung der Fluglärmkommission vertreten.

Es besteht eine vernünftige Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Fluglärm in der AG Fluglärm. Es wurde in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative ein Antrag auf Verschiebung der nach Norden abgelenkten Startlinie der südlichen Startbahn in Richtung Osten eingebracht. Der Antrag ist angenommen worden und wird auf seine Realisierungsmöglichkeit geprüft.

**Herr Geuther** unterstütze diese Vorgehensweise. Er unterstellte Herrn Heft einen ideologischen Hintergrund des Antrages in Bezug auf dessen Behauptung, dass die militärische Nutzung des Flughafens das völkerrechtswidrige Handeln der USA in Afghanistan und im Irak unterstützt. Mit falschen Behauptungen solle der Wirtschaftsstandort kaputt gemacht werden.

**Herr Lehmann** war der Meinung, dass die Diskussion durch Ideologisierung erschwert wird. Es werden auch deutsche Soldaten in Afghanistan eingesetzt.

**Herr Heft** wies die Behauptungen zurück. Er begrüßte das Vorgehen von Dr. Pohlack. Die militärischen Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan seien nicht von der UN-Charta gedeckt. Deutschland solle seiner Meinung nach wieder kriegsfähig gemacht werden, er könne ein unabhängiges Gutachten dazu zur Verfügung stellen.

**Herr Felke** fragte, ob es einen Fluglärmbeauftragten so wie in anderen Bundesländern gibt, der sich um Abweichungen von der Fluglinie und Regressforderungen kümmert.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass die Abweichungen erfasst und ausgewertet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen 3  
Nein-Stimmen 5  
Enthaltungen 2  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:  
Der Flughafen Leipzig/Halle ist ein Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur Mitteldeutschlands. Er nimmt auf die wirtschaftliche und touristische Entwicklung der gesamten Region zunehmend Einfluss. Gewerbliche oder industrielle Ansiedlungen wie die von DHL schaffen nicht nur direkt Arbeitsplätze. Sie ziehen auch Nachfolginvestitionen in den näheren und weiteren Umfeld an. Wir wollen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Flughafens, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind, nutzen. Dies können und wollen wir aber nur gemeinsam mit den Menschen in der Region tun. Eine breite Akzeptanz des Flughafens und seines wirtschaftlichen Umfeldes sind die Basis für weitere Prosperität.

Der Flughafen Leipzig/Halle verdankt einen großen Teil seines wirtschaftlichen Wachstums sowohl dem Frachtfluggeschäft als auch der Bereitstellung der Flughafeninfrastruktur für militärische Nutzung zur Unterstützung der völkerrechtswidrigen Kriege der USA im Irak und Afghanistan. Der Bereich Verkehr und Logistik, eine Branche, welche auf Wachstum setzt, wird auch zukünftig die Entwicklung des Airports und seines wirtschaftlichen Umfeldes tragen. Standortvoraussetzungen für diese Branche ist die täglich angemessene Bereitstellung entsprechender Infrastruktur. Zur volkswirtschaftlich sinnvollen Auslastung bedarf es keiner uneingeschränkten Nachtflugerlaubnis. Die Bereitstellung der Flughafeninfrastruktur für Frachtflüge darf die Lebensqualität und den Gesundheitszustand der Menschen im Umfeld des Flughafens Leipzig/Halle nicht beeinträchtigen. Ebenso wenig darf die zunehmende touristische und kulturelle Attraktivität der Städte Leipzig und Halle vom Frachtfluggeschäft negativ beeinträchtigt werden.. .....

**Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, sich in diesem Sinne sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens als auch für die Interessen der Anwohner einzusetzen.**

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

**zu 7.1 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zur Kennzeichnung der  
Marktplatzverwerfung  
Vorlage: IV/2008/07013**

---

Herr Dr. Eigenfeld schlug vor, ähnlich der Kennzeichnung der Mauer auf dem Potsdamer Platz in Berlin, einen 20 cm breiten Streifen zur Kennzeichnung der Marktplatzverwerfung in den Platz einzulassen.

**zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

Herr Weihrich bat zu prüfen, ob die Situation für Fahrradfahrer Am Kirchtor/ Ecke Friedhof verbessert werden kann. Fahrradfahrer können dort nicht auf der Fahrbahn fahren und müssen auf den Fußweg ausweichen.

*Die Verwaltung sagte eine Prüfung und schriftliche Antwort zu.*

**zu 9            Mitteilungen**  
**zu 9.1        Investitionsmaßnahmen "Radrouten mit Priorität" und Saale-**  
**Radwanderweg**  
**Vorlage: IV/2008/07561**

vertagt auf den 13.01.2009

**zu 9.2        Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum 1. Entwurf des**  
**Landesentwicklungsplanes 2010 für das Land Sachsen-Anhalt**  
**Vorlage: IV/2008/07629**

**Herr Golnik** gab Erläuterungen zu den Änderungen der verteilten Tischvorlage.

**Herr Weihrich** war der Meinung, dass der Entwurf des Landesentwicklungsplanes wegen des fehlenden Umweltberichtes hätte zurückgewiesen werden sollen.

**Herr Heft** fragte, warum in der Stellungnahme der Verwaltung Aussagen zum öffentlichen Verkehr fehlen?

**Herr Golnik** antwortete, dass die Stellungnahme innerhalb der Verwaltung abgestimmt wurde. Es gab keine Äußerungen von Seiten des Verkehrs. Die nächste Phase der Abstimmung findet im Sommer 2009 statt.

**Herr Felke** bat, in Bezug auf die Metropolregion deutlich auf die Notwendigkeit einer Ländergrenzen überschreitenden Planung hinzuweisen.

Analog von der Eintragung wissenschaftlicher Einrichtungen sollten überregionale Sportstätten aufgenommen werden (z. B. Eissporthalle).

In Bezug auf das Thema Binnenhäfen sieht **Herr Felke** einen Widerspruch im Entwurf des Landes und der Stellungnahme der Stadt.

**Herr Lehmann** sprach der Verwaltung ein Lob aus und wies darauf hin, dass vor jeder Sitzung der regionalen Planungsgemeinschaft die Verwaltung zu einem Gespräch einlädt.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**zu 9.3        Information über die Sitzung des Gestaltungsbeirates am 08.09.2008**  
**Vorlage: IV/2008/07516**

vertagt auf den 13.01.2009

**zu 9.4        mündliche Information zum Einsatz von Sicherungsmitteln**

vertagt auf den 13.01.2009

Der gesamte nichtöffentliche Teil der Sitzung wurde auf den 13.01.2009 vertagt

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift
3. schriftliche Anfragen von Stadträten
4. Beantwortung von mündlichen Anfragen
5. Mitteilungen
- 5.1. Information zur Förderung Graseweg 4                    Vorlage: IV/2008/07599
- 5.2. Information zur Förderung Marktplatz 14                Vorlage: IV/2008/07598
6. Anregungen

Für die Richtigkeit:

Datum: 23.12.08

---

Frau Schmiedehaus  
Protokollführerin

Herr Dr. Pohlack  
Bürgermeister

Herr Sänger  
Vorsitzender

## Anhang zum Protokoll des Ausschusses für Planungsangelegenheiten am 09.12.2008

### Anfragen zu Top 5.1

#### **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007**

**Vorlage: IV/2008/07577**

**Herr Felke** fragte zur Liste der Planungsleistungen/ Sachverständigenkosten: wie hoch sind die bisherigen Kosten für die Kleingartenkonzeption.

Die Kosten für die Kleingartenkonzeption betragen bisher ca. 18 700 €.

**Herr Wehrich** fragte, wie es zu einer deutlichen Kostenerhöhung und einer Erhöhung des Eigenmittelanteils für die Maßnahme „Schnittstelle S-Bahnhof Nietleben“ kommt.

Die Maßnahme ist in der HH-Stelle 2.6800 – 006 auf der Seite 792 des Haushaltsplanentwurfes veranschlagt.

Hier sind über die HH-Jahre 2008 bis 2011 Einnahmen in Höhe von insgesamt 938.400 € veranschlagt und Ausgaben von insgesamt 1.188.300 €. Das bedeutet, dass für die Maßnahme ein Eigenmittelanteil von 249.900 € ausgewiesen ist.

Auf Grund der Darstellungsweise im Haushaltsplan entsteht hier ein falsches Bild der tatsächlichen Kosten. Der Gesamtaufwand wird hier als Summe über alle dargestellten Haushaltsjahre ausgewiesen. Im vorliegenden Fall von 2008 bis 2011. Dabei wird nicht berücksichtigt, dass von den Mitteln im Haushaltsjahr 2008 ausschließlich Leistungen für die Vorplanung in Höhe von 12.000 € finanziert wurden. Die restlichen Mittel unterliegen einer Sperre und werden in Einnahme und in der Ausgabe kassenwirksam und werden somit nicht in den Gesamtaufwand eingehen. Berücksichtigt man diesen Sachverhalt ergibt sich ein Gesamtaufwand von 862.000 € in den Haushaltsjahren 2009 bis 2011. Die Einnahmen belaufen sich dann auf 680.000 €, die erforderlichen Eigenmittel auf 182.000 €. Das macht einen Eigenmittelanteil von ca. 20 % aus.

Im Verhältnis dazu war die Maßnahme im Haushaltsplan 2008 mit einem Gesamtaufwand von 976.900 € und Einnahmen von 779.100 € veranschlagt. Der erforderliche Eigenanteil betrug damit 197.800 €, was ebenfalls ca. 20 % des Gesamtvolumens ausmacht.

Insofern kann festgestellt werden, dass im Haushaltsplanentwurf von 2009 die Maßnahme nicht mit höheren Kosten veranschlagt und der Anteil der Eigenmittel nicht angestiegen ist.